

PROTOKOLL

über die 16. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte am Donnerstag, den 05.03.2020,
Ratssaal, Markt 22, 49324 Melle

Sitzungsnummer: ORME/019/2020
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 22:33 Uhr

Anwesend:

Ortsbürgermeisterin

Gerda Hövel

stellv. Ortsbürgermeister

Johannes Marahrens
Reinhardt Wüstehube

Ortsratsmitglied CDU-Fraktion

Karl Hotho
Jan-Hendrik Hüpel
Friedhelm Pfeiffer
Malte Stakowski
Rainer Vogt-Rohlf

ab ca. 19:10 Uhr

ab ca. 19:10 Uhr

Ortsratsmitglied SPD-Fraktion

Jutta Dettmann
Annegret Mielke
Uwe Plaß

Ortsratsmitglied

Kay Wittefeld

von der Verwaltung

StVR Sandra Wiesemann

ProtokollführerIn

StA Herbert Seelhöfer

Gäste

Gast/Gäste

Herren Desma-Rowitz u. Richling zu TOP 7-10

von der Verwaltung

M.Sc. Alexander Reuschel

Zuhörer

Zuhörer

17 Personen

Abwesend:

Ortsratsmitglied

Hauke Dammann
Silke Meier
Matthias Pietsch
Erich Walkenhorst
Leonhard Birke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2019
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 5.3 Arbeitskreise
- TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft
- TOP 7 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbegebiet Spartherm - Erweiterung", Melle-Mitte - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 2019/0139/1
- TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Gewerbegebiet Spartherm - Erweiterung", Melle-Mitte - Einleitungsbeschluss
Vorlage: 2019/0138/1
- TOP 9 14. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "südlich Gesmolder Straße", Melle-Mitte
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 01/2020/0040
- TOP 10 Bebauungsplan "Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße", Melle-Mitte
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 01/2020/0039
- TOP 11 13. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Neue Mitte Nord", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 01/2020/0038
- TOP 12 Bebauungsplan "Neue Mitte Nord", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2020/0037
- TOP 13 Bebauungsplan "Engelgarten Neufassung - 3. Änderung". Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2020/0036
- TOP 14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kosakenallee - 2. vereinfachte Änderung", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Beschluss des Durchführungsvertrages
Vorlage: 01/2020/0041

- TOP 15 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Parkstreifen
Gewerbegebiet Gerden
Vorlage: 01/2020/0054
- TOP 16 Wünsche und Anregungen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Ortsbürgermeisterin Hövel begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und trotz einiger Absagen von Mitgliedern die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Ortsbürgermeisterin Hövel zeigt sich erfreut, dass viele Bürger Interesse an der Arbeit des Ortsrates haben und bittet, Fragen zu stellen.

Frau Jutta Hilker aus Gerden erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen der Erweiterung der Firma Spartherm und fragt, wann sich Bürger zu dem Verfahren melden, bzw. Rechtsmittel einlegen können.

Hierzu antwortet Ortsbürgermeisterin Hövel, dass die Fragen von Herrn Reuschel bei der Vorstellung der TOP 7 und 8 beantwortet würden.

Herr Kleine-König trägt vor, dass der Flächennutzungsplan, der hier behandelt werden solle, Änderungen unterliege. Es handele sich um Überschwemmungsgebiete, der Hochwasserschutz sei evtl. nicht gesichert. Er fragt, ob nach dem Flächennutzungsplan gearbeitet und dieser umgesetzt werde. Ferner fragt er, ob es Bebauungspläne gebe, bei denen in Bezug auf Überschwemmungsgebiete nach noch nicht gesicherten Erkenntnissen gearbeitet werde.

Auf die Anfragen teilt Ortsbürgermeisterin Hövel mit, dass die Sorgen von Anwohnern bekannt seien. Alles, was entschieden werde, beruhe auf einer gesicherten Rechtslage. Wenn noch konkrete Einzelfragen bestehen würden, könnten diese im Einzelgespräch von Herrn Reuschel beantwortet werden.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Ortsbürgermeisterin Hövel stellt die Tagesordnung ohne Einwände und Ergänzungen fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2019

Das Protokoll der 15. Sitzung vom 25.11.2019 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Berichte

TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin

Ortsbürgermeisterin Hövel begrüßt das Engagement von Semper-Melle, blaue Bänke im Stadtgebiet aufstellen zu wollen. Die blauen Bänke signalisieren Bereitschaft zur Kommunikation, so dass alle interessierten Bürgerinnen und Bürger in Austausch treten können. Als erstes werde eine Bank im Kur- und Friedensgarten durch eine blaue Bank ersetzt.

Die Initiative „Grün statt Grau“ sei mit der Idee an sie herangetreten, für das geplante Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße eine neue Bezeichnung vorschlagen zu dürfen. Die aktuelle Bezeichnung führe zu Irritationen bzgl. der örtlichen Zuordnung des Gebietes. Nach Zustimmung der einzelnen Fraktionen habe sie grünes Licht für die Aktion gegeben und bittet um Unterstützung für diese gute Idee.

Ortsbürgermeisterin Hövel berichtet von der Weiterentwicklung des Grönenbergparks. Ziel sei es, den Park als Mehrgenerationenpark interessanter zu gestalten. Die Interessensbekundung, die vom Umweltamt erstellt worden sei, sei positiv aufgenommen worden. Jetzt gelte es, in das Förderprogramm „Zukunftsräume Niedersachsen“ aufgenommen zu werden. Bis Mitte März solle die Abstimmung mit den Fraktionen erfolgen. Falls eine Förderung bewilligt werde, würden die weiteren Planungen in 2021 vorgenommen.

TOP 5.2 Verwaltung

In Ergänzung zum Bericht der Ortsbürgermeisterin stellt Frau Wiesemann anhand eines Plans den Standort der geplanten Blauen Bank (sog. Klönbank) an der Else zwischen Kur- und Friedengarten vor. Die dort vorhandene Bank werde durch eine neue ausgetauscht. Am Christlichen Klinikum Melle befinde sich bereits eine Blaue Bank.

Weiter informiert Frau Wiesemann, dass die historische Uhr in dem Gebäude der Grönenbergschule wieder hergerichtet und funktionsfähig sei.

Nachdem der Arbeitskreis des Ortsrates die Spielplätze begutachtet habe, habe mit Herrn Elscher vom Amt für Familie, Bildung und Sport ein Gespräch stattgefunden. Mit dem Amt für Familie, Bildung und Sport, dem Arbeitskreis und Herrn Buermeyer sollen die Mängel im Detail besprochen und die Geräte in Augenschein genommen werden.

Frau Mielke erkundigt sich nach dem Sachstand zu der widerrechtlich errichteten Hecke am Aussichtspunkt Mellevue. Die Anweisung von der Verwaltung, die Hecke zurückzuschneiden, sei vom Eigentümer noch nicht umgesetzt worden. Um den Ausblick hier weiter zu gewährleisten, müsse der Rückschnitt der Hecke durchgesetzt werden. Nach ihren Erkenntnissen plane der Besitzer auch das Nachbargrundstück zu erwerben. Hier sei dann zu befürchten, dass die vorhandene Hecke um das Grundstück verlängert werde. Eine weitere Lorbeerhecke müsse verhindert werden. Sie betont noch einmal, dass dies nicht die Aufgabe des Ortsrates sei.

Frau Wiesemann teilt dazu mit, dass das Bauamt und das Liegenschaftsamt hier involviert seien. Eine abschließende baurechtliche Bewertung zum Rückschnitt der Hecke liege ihr noch nicht vor. Weil das Grundstück mit der Kirschlorbeerhecke an ein städtisches Grundstück grenze, werde die Höhe der Hecke auch nach dem Nachbarschaftsrecht geprüft. Bei einer Inaugenscheinnahme vor Ort wurde jedoch festgestellt, dass der Blick von Mellevue (Meller-Balkon) derzeit durch die Hecke nicht beeinträchtigt sei.

Herr Stakowski erkundigt sich nach dem Stand der Neugestaltung Marktplatz und der Bushaltestelle Poggenburg. Zur Bushaltestelle Poggenburg sichert Frau Wiesemann zu, den Sachstand vom Fachamt nachzureichen. Zur Neugestaltung Marktplatz berichtet Herr Reuschel, dass der Förderantrag derzeit vorbereitet werde. Solange noch keine Zusage zur Förderung vorliege, könne noch keine Planungsvergabe erfolgen. Auf Nachfrage von Frau Dettmann ergänzt Herr Reuschel, dass der Arbeitskreis beteiligt werde, sobald bei der Vorplanung erste Entwürfe vorliegen würden.

TOP 5.3 Arbeitskreise

Aus dem Arbeitskreis Kultur und Festivitäten berichtet Frau Dettmann, dass für den Meller Friedhof eine Liste mit den Handlungsschwerpunkten erstellt worden sei. Davon seien die Punkte Unkrautbeseitigung, Blühflächen und Dolomitensand auf den Hauptwegen umgesetzt worden. Sie begrüßt, dass externe Gärtner bei der Umsetzung eingebunden wurden. Der Arbeitskreis mit der Stadtratsfraktion und dem Ordnungsamt werden eine Beschlussvorlage vorbereiten, die dann auch zur Beschlussfassung in den Ortsrat gegeben werde.

TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft

Ortsbürgermeisterin Hövel stellt den Antrag der Siedlergemeinschaft Hafermasch vor und teilt mit, dass der Gemeinschaft für die Arbeit jährlich eine Unterstützung gewährt werde.

Frau Dettmann sieht in den Tätigkeiten der Gemeinschaft Hafermasch / Lindath positive Auswirkungen auf die Gemeinschaft und die Stadt Melle. Sie spricht sich für eine Förderung von 150 € aus.

Weiter stellt Ortsbürgermeisterin Hövel den Antrag des SC Melle 03 vor und bittet um Stellungnahmen. Herr Stakowski hält die beantragte Summe von 250 € für die vielen Läufer und Fans der Leichtathletikveranstaltung für gerechtfertigt.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

Der Ortsrat gewährt der Gemeinschaft Hafermasch – Mitglied im Verband Wohneigentum aufgrund des Antrages von November 2019 für das Jahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von 150,00 €.

Der Ortsrat gewährt dem SC Melle 03 aufgrund des Antrages vom 24.10.19 für den 18. Meller Stadtlauf einen Zuschuss von 250,00 €.

TOP 7 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Gewerbegebiet Spartherm - Erweiterung", Melle-Mitte - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2019/0139/1

Ortsbürgermeisterin Hövel teilt mit, dass Herr Marahrens vor der Sitzung zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan Spartherm ein mögliches Mitwirkungsverbot mitgeteilt habe. Trotz Hinweis von der Verwaltung, dass für ihn ein Mitwirkungsverbot nach § 41 NKomVG nicht gelte, weil hier eine Satzung und ein Flächennutzungsplan beraten werde und ein unmittelbarer Vor- oder Nachteil nicht vorliege, entschied sich Herr Marahrens, sich von der Beratung und Entscheidung zurückzuziehen. Er begab sich in den Zuhörerbereich.

Herr Desmarowitz vom Planungsbüro IPW stellt die Beschlussvorlagen zur Änderung des Flächennutzungsplanes als auch zum Bebauungsplan vor.

Frau Mielke teilt mit, dass der Ortsrat die Erweiterung der Firma Spartherm bereits diskutiert habe und dem nicht im Wege stehen werde. In der Planskizze von der Firma Spartherm sei eine Anbindung des Firmengeländes an die Riemsloher Str. nicht erkennbar, diese Anbindung sehe sie auch nicht zwingend. Der Landwehrweg und der Hoppenbrocksweg führen an dieser Stelle bereits auf die Riemsloher Str. Sie erkundigt sich, warum hier eine weitere Anbindung des Firmengeländes geplant sei und möchte wissen, wie groß die

geplante Firmenfläche sei. Ferner geht sie auf die Größe des Flächennutzungsplanes ein und fragt nach der Größe der gewerblichen Flächen. Die gelb dargestellten Flächen seien für die Landwirtschaft. Eine weitere Gewerbeentwicklung nach Osten sei nicht besprochen worden und werde von der Fraktion planungsrechtlich auch als schwierig angesehen.

Herr Desmarowitz antwortet, dass Gewerbe im östlichen Bereich mit einer Erschließung über den B-Plan geklärt werden müsse. Diese östliche Fläche sei für Wohnbebauung nicht geeignet, aus planungsrechtlicher Sicht wäre eine gewerbliche Nutzung sinnvoll, wobei dies aber diskutiert werden könne. Zur Erschließung der Erweiterungsfläche über die Riemsloher Str. antwortet er, dass sonst der Erschließungsverkehr über den Landwehrweg erfolgen würde. Der Landwehrweg diene der Erschließung der vorhandenen Wohnbebauung, gewerblichen Schwerlastverkehr würde er auf dieser Straße ausschließen und die Erschließung Gewerbe / Wohnbebauung trennen. Insgesamt betrage die Fläche für Gewerbe knappe 7 ha, so dass die Hälfte von etwa 3,5 ha dazu komme.

Herr Stakowski betont, dass Konsens bestehe, die Erweiterung der Firma Spartherm zu ermöglichen. Südlich des Plangebietes befinde sich Wohnnutzung, hier müssten die Interessen der Anlieger gewahrt bleiben. In Bezug auf den Lärmschutz erkundigt er sich nach der Herstellung von Lärmschutzwällen.

Herr Desmarowitz antwortet, dass die dort vorhandene Bebauung baurechtlich weiterhin als Wohnbebauung im Außenbereich bestehen bleibe. Nach den Lärmberechnungen würden sich dort keine unzulässigen Werte ergeben. Sollte das Immissionskontingent zu groß werden, wäre ein Lärmschutzwall denkbar.

Herr Stakowski weist auf die vorhandenen Höhenunterschiede des Geländes hin. Es müsse in die Topographie hereingebaut werden. Er fragt, wie weit sich das Betriebsgelände erstrecken werde und die Grundwasserstände beeinträchtigt würden. Hierzu antwortet Herr Desmarowitz, dass dies vom Architekten des Vorhabenträgers aufzuzeigen sei.

Herr Hüpel erkundigt sich, warum eine neue Erschließung über die Riemsloher Str. vorgesehen sei und nicht die vorhandene Erschließung über den Maschweg genutzt werde. Zu beachten seien ggfs. gefährliche Situationen, da an der Riemsloher Str. Radwege kreuzen. Hierzu teilt Herr Desmarowitz mit, dass nach den Informationen des Vorhabenträgers die Führung des LKW-Verkehrs über das lange Grundstück unter Berücksichtigung der vorhandenen Bebauung schwer möglich sei. Mit der Erschließung über die Riemsloher Str. ergeben sich kürzere Wege.

Frau Dettmann sieht die Erschließung über die Riemsloher Straße auch kritisch und verweist auf die Möglichkeit der Erschließung über Maschweg und auch Landwehrweg. Auf jeden Fall müsse in den Bereichen Stoßverkehr mit PKW und zusätzlich landwirtschaftlicher Verkehr berücksichtigt werden. Es solle nur die Erweiterung der Firma Spartherm geplant werden, Bebauungsplan und Flächennutzungsplan sollten somit identisch sein. Weitere große Flächen für Gewerbe sollten hier ausgeschlossen werden. Die im Rat am 17.12.19 beschlossenen Grundsätze zur Ökologie und Nachhaltigkeit bei der Entwicklung und Erweiterung von Gewerbegebieten müssten auch in diesem Bebauungsplan Berücksichtigung finden.

Auf Vorschlag von Herrn Stakowski und dem Votum der Mitglieder unterbricht Ortsbürgermeisterin Hövel die Sitzung um 20:16 Uhr, um den anwesenden Zuhörern die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen zu den Planungen vorzutragen. Um 20:23 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Die Frage von Herrn Wüsthube, ob mit der Herstellung einer Erschließung über die Riemsloher Str. die bisherige Zufahrt über den Maschweg zum Firmengelände aufgegeben werden solle, wurde von Herrn Desmarowitz verneint.

Frau Mielke trägt vor, dass der Planungsausschuss hier eine Stellungnahme des Orsrates erwarte. Die Einschätzung der SPD-Fraktion gehe dahin, den Flächennutzungsplan in Frage zu stellen und eine weitere gewerbliche Nutzung zu begrenzen. Mit der großzügigen Zufahrt über die Riemsloher Straße ergebe sich ein Türöffner für weiteres Gewerbe in östlicher Richtung.

Herr Stakowski spricht sich grundsätzlich für eine gewerbliche Verdichtung aus, um die Erschließung zusätzlicher Gebiete zu vermeiden. Es müsse sich aber um eine verträgliche Erweiterung handeln, bei der u.a. auch die Nähe zur Bestandsbebauung zu berücksichtigen sei. Hier solle die Größe der Änderung des Flächennutzungsplanes auf die Erweiterungsfläche Spartherm begrenzt werden. Er weist darauf hin, dass Bürger Bedenken gegen die Planungen schriftlich an die Politik und Verwaltung herantragen können.

Herr Reuschel führt hierzu aus, dass die Notwendigkeit bestehe, den Flächennutzungsplan in der dargestellten Größe zu behandeln. Einen Teil hiervon auszuschließen sei nicht möglich, dies würde auch der Landkreis Osnabrück ablehnen. Was auf den weiteren Flächen künftig passiere, ob dort weiter Landwirtschaft vorgesehen sei, müsse im weiteren Verfahren diskutiert werden. Heute sei eine Beschlussfassung für den gesamten Bereich erforderlich.

Frau Dettmann verweist auf die Vorlage, wonach eine gesamtheitliche Betrachtung erforderlich sei. Hier müsse es textlich so gefasst werden, dass auch landwirtschaftliche Flächen weiterhin erhalten bleiben.

Herr Wüsthube schließt sich Herrn Reuschel an, dass der Flächennutzungsplan in der Gesamtheit angefasst werden müsse. Wohnen sei hier ausgeschlossen, so dass ausschließlich Gewerbe oder Landwirtschaft in Frage kommen würden. Hier seien schwierige Konflikte entstanden, bei dem Bauvorhaben handele es sich um ein gewaltiges Gebäude, das tief in die Erde gehe. Weil zu viele Fragen offen seien, werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet um Abstimmung zu dem Beschlussvorschlag.

Der Ortsrat fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Aufstellung zur Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich „Gewerbegebiet Spartherm – Erweiterung“ in Melle-Mitte wird beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Gewerbegebiet Spartherm - Erweiterung", Melle-Mitte - Einleitungsbeschluss
Vorlage: 2019/0138/1**

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet nunmehr um Abstimmung über die Beschlussvorlage zum Bebauungsplan.

Der Ortsrat fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Gewerbegebiet Spartherm - Erweiterung“, in Melle-Mitte wird beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**TOP 9 14. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich
"südlich Gesmolder Straße", Melle-Mitte
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4
Abs. 1 BauGB
Vorlage: 01/2020/0040**

Fünf Zuhörer verlassen den Sitzungsraum. Herr Marahrens nimmt wieder an der Sitzung teil.

Auf die Bitte von Ortsbürgermeisterin Hövel stellt Herr Desmarowitz die Planungen zum Flächennutzungsplan als auch zum Bebauungsplan (TOP 9 und 10) vor.

Herr Stakowski weist darauf hin, dass es derzeit um den Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und somit darum gehe, Meinungen einzuholen. Die Vorlage biete den Start für die weiteren Beratungen. Der Ortsrat solle intensiv in die Planungen eingebunden werden. Die grünordnerische Begleitplanung sehe in den Randbereichen Grünflächen vor. Er fragt, ob hier für die Abgrenzung zur vorhandenen Bebauung und zum Lärmschutz Wälle angedacht seien. Herr Desmarowitz teilt hierzu mit, dass dies alles diskutiert werden könne. Zum Lärmschutz sowie zur Art der Bepflanzungen würden Festsetzungen getroffen werden müssen.

Frau Dettmann begrüßt das städtebauliche Konzept mit viel Grün. Zur Wasserproblematik spricht sie sich dafür aus, Wasser von der Bodelschwingstraße fern zu halten, weil es hier bereits problematisch sei. Sie spricht sich neben einem Regenrückhaltebecken zusätzlich für Regenrückhaltung im Gewerbegebiet aus. Bei der Anbindung der Wegeführung an die Allendorfer Str. seien die Radwegplanungen zu berücksichtigen.

Herr Marahrens rechnet vor, dass für die 18 ha Fläche ein Ausgleich von 202.455 Werteinheiten geschaffen werden müsse. Die 20 % Grünflächen im Gewerbegebiet bringen ca. 26.000 Werteinheiten. Zuzüglich weiterer Grünflächen mit 37.000 Werteinheiten ergeben sich in Summe 63.000 Werteinheiten. Er fragt, wie die Differenz von 139.000 Werteinheiten umgesetzt werden solle. Er favorisiere eine Umsetzung vor Ort im Gewerbegebiet. Hierzu teilt Herr Desmarowitz mit, dass es bei der Umsetzung im Gewerbegebiet einen Konflikt gebe, weil dann weitere Gewerbeflächen erforderlich seien.

Herr Wüstehube spricht sich für zusammenhängende größere Gebiete für die Kompensation aus. Zwar solle möglichst viel im Gewerbegebiet umgesetzt werden, dies dürfe aber nicht dazu führen, dass dadurch weitere Gewerbeflächen erforderlich seien. Was nicht im Gebiet kompensiert werden könne, sei extern umzusetzen. Die Planung von Fuß- und Radweg Richtung Autobahn werde begrüßt.

Herr Stakowski unterstützt die Argumentation von Herrn Wüstehube zur Kompensation. Es entstehe ein Konflikt, wenn wegen der Kompensation neue Gewerbegebiete ausgewiesen werden müssten. Hierzu führt er noch einmal das Planverfahren Spartherm an, wo einer weiteren Erweiterung zuzustimmen wäre, wenn die Kompensation eingriffsnah erfolgen würde.

Frau Mielke stimmt Herrn Stakowski zu und begrüßt, dass die Stadt Melle Gewerbeflächen anbieten könne. Der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen stelle große Konflikte dar. Die Bürgerinitiative sei bereits im Vorfeld aktiv geworden, es gelte, den Wünschen der Bürger möglichst zu entsprechen. Hier sei viel Gewerbe und viel Ausgleich geplant, sie sehe den Vorschlägen der Verwaltung gespannt entgegen.

Auf Vorschlag von Herrn Stakowski spricht sich der Ortsrat einstimmig um 21.20 Uhr für eine Sitzungsunterbrechung aus, um den anwesenden Zuhörern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Anregungen vorzutragen. Um 21.35 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Zu Lärmimmissionen führt Herr Wüsthube aus, dass es die Stadt Melle selber in der Hand habe zu verkaufen, wenn sie Eigentümerin der Flächen sei. Lärmintensive Betriebe müssten in Nähe der Autobahn (A 30) etabliert werden.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet nach Abschluss der Diskussion um Abstimmung zum Flächennutzungsplan.

Der Ortsrat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt

**TOP 10 Bebauungsplan "Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße",
Melle-Mitte
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4
Abs. 1 BauGB
Vorlage: 01/2020/0039**

Nunmehr bittet Ortsbürgermeisterin Hövel um Abstimmung zum Bebauungsplan.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

**TOP 11 13. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Neue
Mitte Nord", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 01/2020/0038**

Bis auf einen Zuhörer verlassen alle Zuhörer sowie Herr Desmarowitz und Herr Richling den Sitzungsraum.

Auf Wunsch von Ortsbürgermeisterin Hövel erläutert Herr Reuschel die geringfügigen Veränderungen zur bisherigen Planung.

Herr Stakowski begrüßt die Gesamtplanung. Sorgen bereite ihm weiterhin die Wasserthematik, so dass er unter diesem Aspekt den Planungen mit Bauchschmerzen zustimme. Es sei wichtig, dass der Ortsrat bei der Umsetzung und der Detailplanung mit eingebunden werde.

Frau Mielke schließt sich diesen Ausführungen an und sieht auch den Hochwasserschutz problematisch. Auf dem Meller Wohnungsmarkt bestehe Interesse am Erwerb von Grundstücken, die mit einem Wohnhaus bebaut werden könnten. Diese Möglichkeit sei hier im Bereich „Neue Mitte Nord“ nicht ersichtlich. Dazu teilt Herr Reuschel mit, dass der Plan flexibel gehalten worden sei und ein Architektenwettbewerb das Weitere ergebe. Grundlage für die weitere Entwicklung sei der städtebauliche Entwurf.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet um Abstimmung.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1,2 und § 4 Abs. 1,2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Die 13. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich „Neue Mitte Nord“ wird festgestellt.

**TOP 12 Bebauungsplan "Neue Mitte Nord", Melle-Mitte
 Beschluss über die Abwägung
 Satzungsbeschluss
 Vorlage: 01/2020/0037**

Ortsbürgermeisterin Hövel bitte nunmehr auch um Abstimmung über den Bebauungsplan.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Neue Mitte Nord“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 13 Bebauungsplan "Engelgarten Neufassung - 3. Änderung".
 Melle-Mitte
 Beschluss über die Abwägung
 Satzungsbeschluss
 Vorlage: 01/2020/0036**

Nachdem Herr Reuschel die Beschlussvorlage erläutert hat, antwortet er auf die Frage von Frau Mielke, dass es sich bei den weiß markierten Flächen um Bepflanzungen handele, deren Umsetzung in der Verantwortung der Grundstückseigentümer liege. Frau Mielke weist darauf hin, dass in den textlichen Festsetzungen pro 200 m² versiegelter Fläche 1 Baum gefordert werde, was 27 – 28 Bäumen entsprechen würde. Da in dem Gebiet bereits Flächen versiegelt seien, könne sie sich schwer vorstellen, wo diese Baumanpflanzungen umgesetzt werden könnten. Hierzu teilt Herr Reuschel mit, dass mit dem Bauantragsverfahren auch die Umsetzung der Anpflanzungen festgelegt werde.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Der Ortsrat fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Abwägung gemäß §§ 3 Abs. 2; 4 Abs. 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Engelgarten Neufassung – 3. Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kosakenallee - 2. vereinfachte Änderung", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Beschluss des Durchführungsvertrages
Vorlage: 01/2020/0041**

Herr Reuschel erläutert die Vorlage und geht auf die eingegangenen Stellungnahmen ein. Bis zum Satzungsbeschluss durch den Rat müsse der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger vorliegen.

Frau Dettmann signalisiert Zustimmung und bittet darauf zu achten, dass die Ersatzpflanzungen in ausreichender Größe erfolgen.

Herr Stakowski stimmt ebenfalls zu und geht noch auf die Höhe des Gebäudes ein. Unter den Gesichtspunkten einer Verdichtung und weniger Flächenfraß, sei die Höhe des Gebäudes vertretbar.

Herr Wüsthube erklärt, den Satzungsbeschluss mitzutragen, obwohl er die Belastung des Laerbaches mit dem Niederschlagswasser kritisch sehe.

Ortsbürgermeisterin Hövel bittet um Abstimmung.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Abwägung gemäß §§ 3 Abs. 2; 4 Abs. 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Kosakenallee – 2. vereinfachte Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 15 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Parkstreifen
Gewerbegebiet Gerden
Vorlage: 01/2020/0054**

Auf die Bitte von Ortsbürgermeisterin Hövel trägt Herr Wüsthube den Antrag von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vor. Er führt aus, dass die Problematik mit dem Müll und den Hinterlassenschaften im Gewerbegebiet Gerden immer schlimmer werde. Die Situation sei für Anlieger nicht mehr zumutbar, eine Infektionsgefahr sei nicht auszuschließen. Im Gewerbegebiet Gesmold sei die Müllproblematik nicht so dramatisch, dort sei eine Begrenzung der Parkdauer auf 4 Std. umgesetzt worden. Der Versuch sei es Wert, solch eine Regelung auch in Gerden umzusetzen. Es solle im ersten Schritt der entsprechende Antrag an die Verwaltung gestellt werden.

Herr Pläß stimmt den Ausführungen zu und ist der Meinung, dass dort was passieren müsse. Er habe Bedenken, dass eine Kontrolle der Parkdauer - gerade auch nachts – schwer umzusetzen sei. Bei den LKW-Fahrern handele es sich überwiegend um Osteuropäer, die ihre Lenkzeiten einzuhalten haben; insoweit sei das Parken der LKW dort verständlich. Verursacher seien wohl nur Einzelne. Insgesamt solle die Infrastruktur verbessert werden. Derzeit würde mit dem Antrag nichts vergeben und das Ergebnis sei abzuwarten.

Herr Stakowski zeigt seine grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung des Antrages. Die Problematik sehe er darin, dass Schilder keine Wirkung zeigen würden und die notwendigen Kontrollen nicht erfolgen. Mit jeder Maßnahme würden die LKW-Fahrer getroffen, die auf

ihren Touren zu wenige Rastplätze finden würden. Auf der anderen Seite müssten aber auch die Interessen der Anlieger berücksichtigt werden. Aus diesem Grund schlage er folgende Maßnahmen vor:

- Aufstellung und regelmäßige Leerung von weiteren Mülleimern
- Aufstellung von Dixi-Toiletten und Sanitärcontainer
- Aufstellung von Schildern in mehreren Sprachen zum Verhalten
- Runder Tisch mit den Unternehmern vor Ort

Für die geschilderten Maßnahmen müssten Gelder im städtischen Haushalt eingeplant werden.

Herr Marahrens sieht hier auch die LKW-Fahrer als die Leidtragenden, denen man nicht die alleinige Schuld zuweisen dürfe. Auch er befürwortet Dixi-Toiletten und Sanitäranlagen, die durch eine externe Firma gewartet und gereinigt werden müssten. Die Finanzierung könne aus den Gewerbesteuererinnahmen erfolgen.

Frau Dettmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Marahrens an und hält insbesondere auch eine Waschegelegenheit für die LKW-Fahrer für erforderlich. Die Situation in Gerden sei mit Gesmold nicht zu vergleichen, weil sich in Gerden an den Rastplätzen Geschäfte befänden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollten den Ratsmitgliedern als Votum mitgegeben werden.

Bei neuen Gewerbegebieten, wie z.B. dem Gewerbegebiet südlich Gesmolder Straße, sollten solche Maßnahmen bereits mit in die Planung aufgenommen werden.

Herr Hotho sieht hier ein Umdenken bei den Gewerbebetrieben. Bezogen auf die aktuellen Planungen der Gebiete „Spartherm“ und „Südlich Gesmolder Straße“ sollten die Gewerbebetriebe entsprechende LKW-Rastplätze selber vorhalten und finanzieren müssen.

Frau Mielke sieht bei einer Begrenzung der Parkdauer die Gefahr, dass die LKW woanders parken, wo es nicht erlaubt sei, und die Problematik verschoben werde.

Herr Wüsthube hat Bedenken, dass die hier vorgetragenen Ideen nicht durchgebracht werden können. In Gesmold würde die Begrenzung der Parkdauer den Zweck erfüllen.

Herr Stakowski stellt fest, dass alle um eine Lösung bemüht sind und schlägt vor, dass der Ortsrat einen fraktionsübergreifenden Antrag mit den genannten Inhalten an den Rat der Stadt Melle richtet.

Ortsbürgermeisterin Hövel fasst den Antrag zusammen und lässt hierüber abstimmen.

Der Ortsrat spricht sich einstimmig für folgenden fraktionsübergreifenden Antrag aus:

Der Rat der Stadt Melle möge beschließen, im Gewerbegebiet Gerden (Bereich Maschweg, Anton-Schlecker-Str., Segelfliegerweg) Haushaltsmittel bereitzustellen für die

- Aufstellung und regelmäßige Leerung von Mülleimern
- Aufstellung mobiler Toiletten einschl. Sanitärcontainer
- Aufstellung von Schildern in mehreren Sprachen zum Verhalten im Gewerbegebiet
- Initiierung eines runden Tisches mit den Unternehmern vor Ort durch die Stadt Melle.

TOP 16 Wünsche und Anregungen

Frau Dettmann bittet darum, dass die Hängebrücke auf dem Spielplatz im Grönenbergpark sowie der Ballfangzaun am Sportplatz an der Thomasburg wieder hergestellt werden.

Bevor Ortsbürgermeisterin Hövel die Sitzung schließt, verständigen sich die Ortsratsmitglieder darauf, die weiteren Sitzungstermine 2020 per doodle-Abfrage abzustimmen.

07.05.2020
gez. Gerda Hövel

Ortsbürgermeisterin

04.05.2020
gez. Sandra Wiesemann

Amtsleiterin

04.05.2020
gez. Herbert Seelhöfer

Protokollführer